Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 65. | Dienstag, den 3. Juni 1919 | 58. Jahrgang.

Die Aufnahme der deutschen Gegenvorschläge.

Zwiespalt im Viererrat.

„Chicago Tribune" schreibt, daß nach dem Empfang der deutschen Note die Friedenskonferenz sich in zwei Lager gespalten hat. Die einen glauben, daß man den Friedensvertrag, selbst wenn er zu hart ist, nicht mehr ändern und mildern dürfe, da sonst das ganze Dokument wieder zerrissen würde. Die andern glauben, daß gewisse Einwände der Deutschen begründet sind und berücksichtigt werden müßten.

Dasselbe Blatt berichtet ferner, die amerikanische Friedenskommission sei der Ansicht, daß die deutschen Gegenvorschläge drei grundsätzliche Fragen aufwerfen: 1. Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, 2. Revidierung der Leistungen Deutschlands für Wiedergutmachungen, 3. Volksabstimmung im Osten. Die amerikanische Kommission sei für die Gewährung der beiden letzten Forderungen. Dagegen glaube sie, daß Frankreich keinesfalls darein willigen werde, daß Deutschland sofort Mitglied des Völkerbundes würde. England, Japan, Italien und viele kleine Nationen, sogar Belgien widersetzten sich dem sofortigen Eintritt Deutschlands nicht. Tatsächlich glaubten gewisse alliierte Nationen, daß viel für eine sofortige Zulassung Deutschlands spreche. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich den deutschen Vorschlägen betreffend die Finanzierung der Entschädigung nicht, da die amerikanischen Finanzsachverständigen der Ansicht seien, daß die von Deutschland vorgeschlagene Summe von 100 Milliarden Goldmark das Höchstmaß dessen ist, was Deutschland bezahlen kann.

Verurteilende deutsche Stimmen.

Der rechtsstehende „Berl. Lok.-Anz." bringt jetzt sein Urteil über unsere Gegenvorschläge, und zwar aus der Feder seines nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters Dr. Mühling. Dieses Urteil ist sehr pessimistisch. Es wird darin als der größte Fehler bezeichnet, daß man die teuflische Erfindung der Schadenersatzkommission aus dem Vertragsentwurf, wenn auch mit Einschränkungen, in unsere Gegenvorschläge aufgenommen hat, was sich nur aus der Ueberzeugung erklärt, daß ihre vollständige Beseitigung unter keinen Umständen zu erreichen war. „Wir glauben, daß wir nicht nötig haben, unseren Lesern klarzumachen, daß dieser Frieden Deutschland schwerlich die Möglichkeit bietet, früher als in der dritten Generation wieder zu einem selbständigen Wirtschaftsleben zu gelangen, daß er mindestens drei Viertel Millionen Deutsche ganz schutzlos brutalen Ausbeutungsabsichten preisgibt und daß uns nach seiner Annahme das Glück überhaupt nur wieder blühen kann, wenn die Hoffnung, daß mit dem Völkerbunde die Gerechtigkeit auf Erden zur allmächtigen Herrschaft gelangt, nicht zuschanden wird."

Unsere Gefangenen.

Die zweite deutsche Kriegsgefangenen-Note.

In der am Donnerstag nachmittag Clemenceau überreichten neuen deutschen Note über die Kriegsgefangenen, wird die Weigerung der alliierten und assoziierten Mächte, durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, auf das tiefste bedauert. Es sind unzählige Fälle nachzuweisen, in denen deutsche Kriegsgefangene, die sich in der Hand der alliierten und assoziierten Mächte befinden, seit Abschluß des Waffenstillstandes ohne jede Verbindung mit der Heimat sind. Die gleichfalls abgelehnte Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich Verbrechen oder Vergehen haben zuschulden kommen lassen, wird als eine Forderung der Gegenseitigkeit aufrechterhalten. Und wenn in der feindlichen Antwortnote erklärt wird, daß kein Vergleich gezogen werden könne in der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die alliierten und assoziierten Mächte andererseits, so muß die deutsche Friedensdelegation diese einseitige Behauptung, die eine Grundlage für die objektive Feststellung der Wahrheit nicht bilden kann, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

„Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu scheuen. Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegführenden Mächte der Prüfung einer aus neutralen und unbeteiligten Mitgliedern bestehenden Kommission zu übertragen. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material auch die zahlreichen Beweise unmenschlicher Behandlung vorlegen könnte, die deutsche Kriegsgefangene in Feindesland, namentlich in einzelnen Teilen Nordafrikas, in gewissen Lagern, Strafgefängnissen und Lazaretten in Europa sowie in der Armeezone erdulden mußten und zum Teil noch erdulden müssen."

In diesem Zusammenhang lenkt die deutsche Friedensdelegation die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte auf ein an das internationale Rote Kreuz gerichtete Schreiben vom 15. Februar 1919 hin. In diesem Schreiben erheben französische Arbeiterinnen als Frauen und Mütter eingezogener Franzosen ihre Stimmen gegen den Anblick grausamer Behandlung deutscher Gefangener im Departement Seine-Inferieure. Dieses Schreiben lautet:

St. Etienne du Rouvray, 15. Februar 1919.

Wir möchten Ihnen mitteilen, was sich in unserer Stadt St. Etienne abspielt:

Die deutschen Gefangenen, die auf der Eisenbahn beschäftigt sind, werden wie Sträflinge behandelt. Sie werden wie die Hunde geschlagen und schlecht ernährt. Das bricht uns Frauen und Müttern der Einberufenen das Herz. Denn wir sehen, daß diese Männer vor Hunger sterben. Trotzdem es uns selbst an Brot fehlt, können wir nicht anders, als ihnen von Zeit zu Zeit, wenn der Zufall es gestattet, Brot zuwerfen. Sie stürzen sich darauf wie ausgehungerte Tiere. Die französischen Wächter behandeln sie roh, nur wegen eines Bissens Brot. Wir hoffen, mein Herr, daß Sie in dieser Angelegenheit einschreiten werden, um ihr Los zu verbessern. Wir haben deswegen schon an mehrere Stellen geschrieben, leider aber ohne jeden Erfolg.

Eine Gruppe Arbeiterinnen aus St. Etienne du Rouvray bei Rouen.

Ob Herr Clemenceau auch das klassische Zeugnis für die entsetzliche Lage vieler deutscher Gefangener in Frankreich mit verächtlicher Handbewegung beiseite schieben wird?

Weiteres zur Friedensfrage.

Eine Drohung Lloyd Georges.

Lloyd George erklärte in einer kürzlich in Amiens gehaltenen Rede, die Deutschen müßten den Friedensvertrag unterzeichnen, **wenn nicht in Versailles, dann in Berlin.** Wenn sich der Rat der Vier nach Berlin begibt, muß er jedoch eine Armee hinter sich haben.

Geplante amerikanische Landung in Danzig.

Aus Neuyork wird gemeldet: Die „Times" teilen mit, daß eine Landung amerikanischer Matrosen in Danzig bevorstehe und daß Vorbereitungen für die Durchführung der Friedensbedingungen hinsichtlich Danzigs getroffen worden seien.

Kein Ende in St. Germain.

Der Pariser „Intransigeant" deutet an, daß am Vertrage mit Oesterreich wiederum Aenderungen vorgenommen werden, daß somit die Ueberreichung des Vertrages eine neuerliche Verzögerung bis Mittwoch zu erfahren drohe.

Die Armeen des Slawenstaates.

Nach einer Meldung des „Temps" wird der Rat der Vier nicht nur für Deutschland und Deutsch-Oesterreich, sondern auch für die neu entstandenen slawischen Staaten die Größe der Heere bestimmen. Die Tschecho-Slowakei wird 50 000 Mann unter den Fahnen halten dürfen. Die polnische Armee soll 80 000 und die südslawische 40 000 Mann zählen.

*

An die Deutschen im Osten!

Die Reichsregierung erläßt an die Deutschen im Osten einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die deutschen Gegenvorschläge treten mit allem Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute den Gegnern einen Vorwand für Einmarsch und gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihren Bundesgenossen.

Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin! Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein! Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschtum zu fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist."

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 31. Mai.

Im letzten Teil der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurden in Verbindung mit der förmlichen Anfrage der Sozialdemokraten, ob die dringlich notwendige Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen soll, förmliche Anfragen des Zentrums und der Sozialdemokraten betr. die Lage der Bergarbeiter im besetzten Saargebiet verhandelt. Nachdem die Abg. Rauschenberg (Soz.), Keßmann (Zentrum) und Börgiebel (Soz.) dazu gesprochen hatten, bemerkte Handelsminister Fischbeck: Die preußische Regierung stimmt der Festsetzung des Verfassungsentwurfs für das Reich zu, wonach die Gesetzgebung über das Bergwesen auf das Reich übergehen soll. Ueber die Ausgestaltung des Knappschaftswesens finden Besprechungen im Reichsarbeitsamt statt. Im Saarrevier haben die Besatzungsbehörden den Bergwerken bergfremde französische Offiziere beigegeben, die den Achtstundentag nicht zugelassen haben, weil die Bergarbeiter in Frankreich 9 Stunden arbeiten müssen. Anläßlich des Streiks sind Kranke und sogar arbeitswillige Arbeiter gegen alles Völkerrecht verhaftet worden. 21 wurden schwer bestraft, 200 unter entwürdigenden Umständen über die Grenze gebracht. Es bleibt nichts anderes übrig als nach Möglichkeit den einzelnen zu helfen. Dafür wird eine besondere Stelle eingerichtet werden. Wir werden alles tun, um den Bedrängten an der Saar zu beweisen, daß Deutschland sie nicht vergessen hat. (Beifall.)

Hierauf wurde die Besprechung vertagt.

*

In heutiger Sitzung gelangte zunächst der Antrag der Abgg. Graef und Genossen (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Wahl der Gemeindevertretungen in Hannover zur Ueberweisung an die Gemeindekommission. Die mit gewisser Spannung erwartete Erörterung über die förmliche Anfrage der Abgg. Dr. v. Krause und Dr. v. Richter (D. Vp.) über die deutschen Gegenvorschläge kam nicht zum Austrag. Es meldete sich niemand zur Begründung der Anfrage, und Unterstaatssekretär Göhre erklärte, die Staatsregierung sei bereit, den völligen Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge der preußischen Landesversammlung spätestens Mittwoch vorzulegen und bei der Besprechung dem Hause nähere Auskunft für die den preußischen Staat betreffenden Vorschläge zu geben, soweit es die politischen Verhältnisse gestatten.

Es folgte die Beratung der sozialdemokratischen Anfrage über die Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die Neuordnung des Knappschaftswesens. Abg. Schwarz (Soz.) hielt eine breit angelegte Begründungsrede.

Er erklärte zuletzt, daß seine Partei zur Mitarbeit an dem vom Minister angekündigten Vorschlägen bereit sei. Es werde alles darauf ankommen, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht auf dem Papier stehen bleiben, wie so vieles in der bisherigen Gesetzgebung.

Abg. Ownert (Dem.) polemisierte gegen den Vorredner, weil er die Zeit ungebührlich in Anspruch genommen habe. Auch der Arbeiter müsse einmal daran denken, seine Sonderwünsche zugunsten der Notwendigkeiten für die Gesamtheit zurückzustellen. Redner wies auf die politische Lage hin und hob hervor, daß wir leider Gottes im Saarrevier bald nur noch wenig zu sagen haben werden.

Ungeheure Zuschüsse im Eisenbahnetat.

Zum Schluß der Sitzung kam es noch zu einer Aussprache über die Eisenbahnverhältnisse. Eisenbahnminister Dr. Oeser machte erschreckende Mitteilungen. Danach erfordern die Eisenbahnen, die früher das finanzielle Rückgrat des preußischen Staates waren, ungeheure Zuschüsse, sodaß der laufende Etat

700 Millionen Mark Zuschüsse

vorsieht. Geht es so weiter, dann muß man mit **3 Milliarden Fehlbetrag** oder in 2 Jahren mit **fünf** Milliarden rechnen. Das ist geradezu ungeheuerlich, und man kann verstehen, daß das Haus in lebhafte Bewegung geriet.

° **Mandatsniederlegung der Abgg. Kastert und Kuchhoff.** Laut „Köln. Volksztg." haben die mit der Loslösungsaktion im Rheinland in Beziehung stehenden Abgeordneten Kastert und Kuchhoff ihre Mandate zur preußischen Landesversammlung niedergelegt; sie tun es in der Erwägung, daß über allen persönlichen Fragen die Einheit und Geschlossenheit der Zentrumspartei stehen muß.

° **Rheinische Proteste.** Daß die hochverräterischen Umtriebe, die auf Lostrennung des Rheinlandes hinzielen, in den weitesten Bevölkerungskreisen keinen Widerhall finden, geht am besten hervor aus den Telegrammen, die an den Reichspräsidenten gelangt sind. Gerade in den letzten Tagen sind zahlreiche Kundgebungen, besonders aus Essen, Elberfeld-Barmen sowie aus vielen Ortschaften des Niederrheins in Berlin eingetroffen. Neben dem Protest gegen den Gewaltfrieden enthalten diese Kundgebungen ein Treugelöbnis zum Deutschen Reiche, das besser als alles andere die rheinischen Sonderbestrebungen verurteilt.

° **Das neue bayerische Kabinett.** Das Koalitionsministerium in Bayern ist nunmehr gebildet. Ministerpräsident, Aeußeres und Unterricht: Hoffmann (wie bisher); Inneres: Endres (bisher Justiz); soziale Fürsorge: Segitz (bisher Inneres); Militärminister Schneppenhorst; alles Mehrheitssozialisten. Verkehrsminister: v. Fraundorfer: Finanzminister: Speck (Zentrum); Justiz: Dr. Müller-Meiningen (Demokrat); Handel: Regierungsrat Hamm.

° **Selbstmord eines Führers der Unabhängigen.** Paul Dittmann, einer der Führer der Hamburger Unabhängigen, der schwer an Tuberkulose erkrankt und seit Wochen im Krankenhause war, hat sich wegen der Unheilbarkeit seines Leidens das Leben genommen.

Kleine politische Nachrichten.

° **Berlin.** Reichswehrminister Noske gibt bekannt, daß er öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel in Groß-Berlin nicht mehr zulassen werde und den Polizeipräsidenten von Berlin beauftragt habe, bei Genehmigung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190603-17/fragment/page=0001

÷ **Kriegsausbruch zwischen Ukraine und Rumänien.** Der ukrainische Pressedienst meldet: Während die Polen mit Hallerschen Truppen vorrücken, haben die Rumänen an die ukrainische Regierung ein Ultimatum gestellt, in dem sie die Besetzung des ukrainischen Gebietes von Kolomea und Stanislau ankündigen und die ukrainische Regierung auffordern, keinen bewaffneten Widerstand zu leisten. Die ukrainische Regierung beschloß, den Kampf gegen diese neue tückische Vergewaltigung bis zum äußersten zu führen. Die von der Regierung angeordnete allgemeine Mobilisierung ist von großem Erfolg begleitet. Die ukrainische Offensive gegen die Bolschewisten schreitet fort. Der Einsenbahnknotenpunkt Proskrow wurde erobert und Barditschew genommen.

* * *

÷ Paris. Wilson hat namens der Vereinigten Staaten die Anerkennung des Londoner Vertrages abgelehnt.

÷ London. „Central News" teilen mit, daß der Emir von Afghanistan einen eigenhändigen Brief an Lenin gesandt hat, worin er seine Bewunderung für den Bolschewismus ausdrückt und sich selbst als Anhänger der bolschewistischen Lehre bezeichnet.

÷ Athen. Griechische Streitkräfte sind in Aivali gegenüber Mytilene gelandet. Geringer Widerstand der Türken wurde überwunden.

Ausrufung der althessischen, rheinischen und pfälzischen Republik. (?)

Höchst a. Main, 1. Juni. Heute früh erschien hier aus Wiesbaden ein Automobil, dessen Insassen in angeblich amtlichem Auftrage des französischen Kommandanten eine Anzahl Plakate brachten, auf denen die heute erfolgte Ausrufung der althessischen Republik in Wiesbaden, der rheinischen Republik in Koblenz und der pfälzischen Republik in Speyer verkündet wurde. Die Plakate sollten öffentlich angeklebt werden. Da die hiesigen Behörden die Nachricht bezweifelten und da das Plakat weder Unterschrift noch Druckort trug, wie es vorgeschrieben ist, lehnte sie die Anbringung der Plakate ab.

Berlin, 31. Mai. Nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministers kann die Frist für die Aufstellung des Vermögens-Verzeichnisses allgemein bis zum 30. Juni d. J. verlängert werden. Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10 000 Mark sollen zur Aufstellung und späteren Einreichung eines Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden. Bei den Wertpapieren einschließlich der Schuldbuchforderungen wird auf die Einsetzung der Kurssteuerwerte und Gesamtwerte verzichtet. Bei verschieden großen Stücken der gleichen Wertpapiere genügt in der Spalte Stückzahl die Eintragung diverse Stücke, in der Spalte Nennwert ist unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

Berlin, 31. Mai. Abgeordnete und Vertreter der gesamten deutschen Reichswehr, der Reichswehrtruppen des Ostschutzes, von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Preußen, faßten eine Entschließung, in der es unter anderm heißt: „Die Reichswehr verläßt sich darauf, daß die Regierung keinen Frieden unterzeichnen wird, der Deutschland die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit nimmt, deutsche Volksgenossen von der Heimat trennt und die Würde des deutschen Volkes in den Staub zieht." Die Entschließung wurde dem Reichswehrminister Noske mit der Bitte um Vorlage bei der Reichsregierung übergeben.

Die Franzosen geben nicht nach.

Versailles, 1. Juni. „Temps" meldet, daß der Viererrat heute keine Sitzung abgehalten hat. Die Prüfung und Erörterung der deutschen Gegenvorschläge durch die Ausschüsse dauert fort, man glaubt, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge Ende dieser Woche Graf Rantzau übermittelt wird. Wie die „Liberte" bestätigt, wird der Viererrat am Dienstag die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge selbst beginnen, die augenblicklichen Kommissionsberatungen der Alliierten hätten schon zu einem sehr interessanten Meinungsaustausch der alliierten Diplomaten Anlaß gegeben. Jedenfalls sei Wilson mit den Franzosen darin vollkommen einig, daß Frankreich nichts nachgeben kann oder werde.

Streiks in Paris

Berlin, 1. Juni. Die Streikbewegung in Paris, die hauptsächlich die Einführung des 8 Stundentages und Erhöhung der Löhne zum Ziel hat, nimmt laut „Vorwärts" ständig zu und der kaum beendete Streik der Bankangestellten scheint aufs neue entpflammen zu wollen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 2. Juni.

— **Kreistag, Weißenfels.** Am 28. Mai fand die erste Sitzung des neugewählten Kreistages statt. Der Vorsitzende, Landrat Bartels eröffnete dieselbe, begrüßte die neugewählten Kreistagsabgeordneten und führte sie in ihr Amt ein. Er gedachte dabei der Verdienste der seitherigen Kreistagsabgeordneten und sprach die Hoffnung aus, daß es den neuen Mitgliedern des Kreistages vergönnt sein möge, in gleicher segensreicher Weise für das Wohl des Kreises zu wirken. Nicht persönliche Interessen oder die Parteien, führte der Vorsitzende aus, seien die Richtschnur der Kreistagsabgeordneten, die einzige Politik der Kreistagsabgeordneten sei es, für das Blühen und Gedeihen des Kreises tätig zu sein. Hierauf wurden die am 4. Mai 1919 stattgefundenen neuen Wahlen der Kreistagsabgeordneten nach dem Vortrage des Berichterstatters, Abgeordneter Henniger Meineweh, für gültig erklärt nachdem die eingelegten Einsprüche gegen die Wahlen in zwei Bezirken zurückgewiesen worden waren.

Für die Wahlen zum Kreisausschuß und zu den Kreiskommissionen wurden die erforderlichen Bestimmungen über das Wahlverfahren beschlossen nach dem Vorschlage des Kreisausschusses. Als Wahlbeisitzer wurden die Abgeordneten Lugenhain und Reitwiesner gewählt. Die hierauf vorgenommene **Neuwahl der Mitglieder des Kreisausschusses** ergab die Wahl der fünf Abgeordneten: Zimmermann-Teuchern, Henniger-Meineweh, Kluge-Stolzenhain, Thiele-Wildschütz, Scharfenberg-Teuchern und des Kaufmanns Hermann Schmidt-Hohenmölsen.

Als Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission wurden die sechs Abgeordneten Lugenhain-Streckau, Kranz-Granschütz, Eichner-Hohenmölsen, Nachtigall-Osterfeld, Hörig-Dobergast, Krug-Runthal einstimmig gewählt.

Die Entschädigung für die Kreistagsabgeordneten und für die Mitglieder der Kreiskommission für die Teilnahme an den Sitzungen wurde auf täglich 12 Mark festgesetzt; außerdem wird eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst in Höhe von 10 Mark täglich für die Abgeordneten, welche gegen täglichen Lohn arbeiten, neben freiem Eisenbahnfahrgeld 3. Klasse und 40 Pfg. für je 1 Kilometer Landweg bewilligt.

Einem Beschlusse des seitherigen Kreistages entsprechend, wurde zur Vorbereitung der Abänderung der Kreissteuererhebung eine sechsgliedrige Kommission, bestehend aus den Abgeordneten: Reinhardt-Burgwerben, Burkhardt-Steingrimma, Berthold-Tagewerben, Hinniger-Teuchern, Hecht-Obergreißlau und Nacke-Naundorf gewählt, die gemeinsam mit dem Kreisausschuß die Vorlage für den Kreistag ausarbeiten soll. Hierauf wurde der Beitritt des Landkreises Weißenfels zu der Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. Sachsen-Anhalt in Merseburg zur Steuerung der Transportnot mit einer Einlage von 10 000 Mark einstimmig unter der Bedingung beschlossen, daß der Kreisausschuß sich erst noch die Ueberzeugung verschafft, daß die Geschäftsverbindung mit der neu errichteten Gesellschaft im Interesse des Kreises erforderlich ist.

Als weiterer Verhandlungsgegenstand wurde noch die Bewilligung der durch die Kontrolltätigkeit des Arbeiterrates bei der Kreiskommunalverwaltung entstehenden Kosten aus Kreismitteln gesetzt. Nach reger Aussprache über diesen Punkt ergab sich Stimmenmehrheit dafür, daß dem Kreisarbeiterrat in Weißenfels für die Ausführung der Kontrolltätigkeit bei der Kreiskommunalverwaltung des Landkreises Weißenfels weitere Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

Nach Besprechung verschiedener kleiner Anfragen wurde der Kreistag durch den Vorsitzenden geschlossen mit dem Wunsche, daß sich die Abgeordneten recht bald gegenseitig näher kennen lernen mögen, um ein recht ersprießliches Zusammenarbeiten zu schaffen.

— **Unglücksfälle.** Beim Auflegen eines Treibriemens wurde der in der Dampfziegelei Freitag u. Co. beschäftigte Arbeiter Kurt Grübe aus Kröffuln von einer Stellschraube erfaßt und mehrmals um die Welle geschleudert. Der Unglückliche erlitt schwere Verletzungen, denen er nach kurzer Zeit erlag. — Durch eine Explosion im Betrieb der Erdwachs-Fabrik Gröben verunglückte der Arbeiter Wilhelm Bornemann aus Runthal. Schwere Brandwunden führten den Tod des Bedauernswerten herbei.

— **Preiserhöhung des amerikanischen Schweinefleisches.** Die Reichsfleischstelle hat mit Rücksicht auf das Sinken der Valuta sich genötigt gesehen, die Preise für das amerikanische Pökelschweinefleisch zu erhöhen. Das Fleisch wird künftig zu dem Kleinhandelspreis von 6,96 Mk. für das Pfund ausgegeben. Vom 1. Juni 1919 ab werden nach der Bekanntmachung des Ministeriums vom 9. Mai die Verkaufspreise je nach dem Einkommen der Haushaltungsvorstände gestaffelt, so daß die Verbraucher mit den höheren Einkommensklassen für das Pfund 8 Mk. und 9,60 Mk. zu bezahlen haben.

— **Voraussichtliche Witterung** am 3. Juni 1919. Vorwiegend wolkig, kühl, nirgends nennenswerte Niederschläge.

Gröben. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde beschlossen, den diesjährigen Kirschenanhang unter der Bedingung zu verpachten, daß die Pächter die gesamte Ernte für den Preis von 60 Pfg. je Pfund an die eingerichtete Verkaufsstelle der Gemeinde abzuliefern haben. Damit dies restlos geschieht, müssen die Pächter eine Kaution in Höhe des gezahlten Kaufpreises hinterlegen, welche zu Gunsten der Gemeinde verfällt, wenn nachgewiesen wird, daß Kirschen nach anderwärts abgegeben worden sind.

Zeitz, 29. Mai. Als Diebe der vor etwa 3 Wochen in der Zuckerfabrik gestohlenen fünf Zugochsen sind die Gebrüder Schwedler aus Reußen ermittelt worden. — (Bierpreiserhöhung.) Die Gastwirte haben haben den Bierpreis erhöht, und zwar für den Zeitzer Landkreis auf 40 Pfg. das Glas. Ferner wurde die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft beschlossen. — **Mehldiebstahl.** In der Obermühle wurde hier ein großer Mehldiebstahl entdeckt. Die Beute ist größtenteils nach Leipzig verkauft worden. Als Täter kommen zwei ehemalige Angestellte in Betracht.

Halle, 30. Mai. Am Mittwoch gegen 10 Uhr vormittags wurde auf dem Boten Gebhardt der hiesigen Eisenbahnstationskasse von einem Manne in feldgrauer Uniform ein Raubüberfall verübt. Gebhardt hatte 30000 Mark, die zur Auszahlung von Löhnen bestimmt waren, von der Thielenstraße nach der Betriebswerkstatt an der Berliner Straße zu schaffen. Er benutzte einen zwischen dem Schienenfeld gelegenen Dammweg. Unterwegs traf er den Eisenbahnboten Ender, der ihn begleitete. Aus der Richtung des Grundstückes Volkmannstraße 1 sahen sie einen Mann in feldgrauer Uniform über die Gleise auf sich zukommen. Kurz vor Gebhard angekommen, redete der Unbekannte ihn mit den Worten an: „Wenn Dir Dein Leben lieb ist, dann gib die Tasche her." In demselben Moment feuerte er aus einer Schußwaffe auf Gebhardt und traf ihn durch den Mund. Das Geschoß sitzt noch in der rechten Halsseite Lebensgefahr ist noch nicht beseitigt. Gebhardt drehte sich sofort um und lief nach dem Eilgüterbahnhof davon Nun trat sein Begleiter, Bote Ender, dem Täter gegenüber. Da er auch die Waffe auf sich gerichtet sah, drehte er sich sofort zur Flucht um, erhielt aber einen Schuß in die rechte Schulter. Die Kugel ist entfernt, Lebensgefahr besteht bei ihm nicht.

Weißenfels, 31. Mai. Die unbesoldeten Stadträte Beilschmidt, Bünsch, Hiller, Kalbfleisch, Kuntzsche und Kuhno haben gestern beschlossen, infolge der Behauptung des Stadtv. Oelßner, daß die Mängel der Nahrungsmittelverteilung darauf zurückzuführen seien, daß sich der Magistrat in seiner großen Mehrheit aus Geschäftsleuten zusammensetze, weil er nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt sei, daß er in keiner Weise in die neuen Verhältnisse passe und daß es das Beste wäre, wenn die Stadträte der Stadtverordnetenversammlung ihre Aemter zur Verfügung stellten," einstimmig beschlossen, ihre Aemter sofort niederzulegen. Die Stadträte Kommerzienrat Nolle und Petzold waren an dem Beschluß nicht beteiligt, da sie zurzeit verreist sind. Die Stadträte sind bereit, bis zu der umgehend erforderlichen Neuwahl die Geschäfte ihres Dezernats weiterzuführen, lehnen aber einstimmig eine Wiederwahl ab.

Gera, 31. Mai. Dem Volksrat Reuß ist vom Staatsrat ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend den Austritt aus der Landeskirche. Danach steht es jedem, der das 18. Lebensjahr (!) zurückgelegt hat, frei, ohne besondere Formalitäten aus der Landeskirche auszutreten. Die religiöse Erziehung der Kinder bestimmt bis zum 14. Lebensjahre der Vater bzw. die Mutter. Nach vollendeten 14. Lebensjahre steht es im Falle des Austritts der Eltern aus der Landeskirche den Kindern frei, ob sie den Eltern folgen oder in der Landeskirche verbleiben wollen.

Meiningen, 29. Mai. Der hier in Untersuchungshaft befindliche Artist Lichtenburg, der Ostern in Rodach den bestialischen Mädchenmord ausführte, wird zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf sechs Wochen in die Irrenanstalt Hildburghausen überführt.

Dresden, 30. Mai. Mehr als fünfzig Personen sind in Dresden an Trichinose lebensgefährlich erkrankt. Sie haben in einem Speisehaus Schweinefleisch genossen, das im Schleichhandel gekauft und der Fleischbeschau entzogen worden war.

Halberstadt, 31. Mai. Der Dessauer Kriminalpolizei ist es gelungen, eine Falschmünzer-Gesellschaft, die 20-M.-Scheine herstellte, festzunehmen. Unter den Falschmünzern befindet sich ein Dessauer Buchdruckereibesitzer. In einem Keller der Lichtbildbühne hatten sie ihre „Banknotendruckerei" errichtet. Der Anhaltische Staat ist durch die Entdeckung vor vielen Millionen Mark Schaden bewahrt worden.

Cöthen, (Anh.), 30. Mai. Am Dienstag hat die Kriegerwitwe Anna Herschelmann ihren drei Kindern im Alter von 8, 6 und 3 Jahren die Kehle durchschnitten und dann ihr Haus in der Baderkasse in Brand gesteckt. Das Haus, ebenso zwei Nachbarhäuser brannten vollständig nieder. Die Frau flüchtete dann nach Osternienburg zu ihrer Mutter, wo sie erfolglos einen Selbstmordversuch verübte. Sie liegt jetzt im Cöthener Kreiskrankenhause. Der Liebhaber der Frau wurde zur Aufklärung der Tat verhaftet.

= **Aufhebung der Reiseerlaubnisscheine.** Die wegen Mangels an Lokomotiven und Kohlen eingeführten Reiseerlaubnisscheine sind mit dem 1. Juni d. Js. aufgehoben. Bestehen bleiben nur noch die Nachweise für die Benutzung der Schlafwagenplätze, bei der Lösung der Bettkarten muß die Dringlichkeit nachgewiesen werden. Da mit der Erleichterung in der Erlangung von Fahrkarten mit einer erheblichen Zunahme des Verkehrs gerechnet wird, so wird vorläufig auch die Rationierung der Fahrkarten zu den einzelnen Zügen noch nicht aufgehoben. Ebenso werden die Bahnsteigkarten noch nicht wieder zur Ausgabe gelangen.

⊕ **Bestrafter Landesverräter.** Wegen versuchten Landesverrats verurteilte der zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts nach dreitägiger Verhandlung den 33jährigen Theaterleiter Salomon Noskowski genannt Möwinger aus Breslau zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Noskowski war früher für den deutschen Nachrichtendienst in der Schweiz tätig gewesen und hatte sich im Herbst 1917 dem französischen Spionagebüro zur Verfügung gestellt, dem er teils wahre, teils falsche Berichte lieferte.

(**Eingesandt.**) Auf den am Donnerstag im Gasthof zum Löwen stattgefundenen Wohltätigkeits-Theaterabend erübrigt es sich näher einzugehen. Die Theaterstücke waren gut und von den Spielern in allen Stellen mit Lust und Interesse vorgetragen, was auch von den Besuchern durch reichen Beifall belohnt wurde. Im großen und ganzen war der Besuch gut, es mußte aber mit Enttäuschung festgestellt werden, daß nur sehr wenig aus den besseren Kreisen erschienen waren. Es galt ja unseren Armen, doch die Welt steht heutzutage ja sozusagen auf dem Kopfe, ist da auch nicht zu verwundern, wenn nicht viel erschienen waren. Arm muß eben arm selbst unterstützen. Hoffen wir, daß bei einem nächsten Wohltätigkeits-Abend sich unsere Einwohner mehr auf ihre Pflicht unseren Armen gegenüber erinnern und etwas zahlreicher erscheinen. Trotz all der Hindernisse ist es dem Verein doch noch gelungen, die Summe von 220 Mark an die hiesige Armenkasse abzuführen. Ein Bravo dem Vergnügungs-Verein „Fidelio" Teuchern.

Sommerfahrplan 1919 (Gültig vom 1. Juni ab).

Zeitz—Weißenfels.

				W		W			W	
Zeitz	ab	522	620	658	1107	134		531	716	1028
Theißen		532	631	708	1117	145		541	727	1038
Luckenau		538	637	714	1123	152	215	547	733	1044
Deuben		544	644	720	1129	158	220	553	738	1049
Teuchern		552	652	729	1[illegible]3	208	229	601	748	1057
Prittitz		601	n. Wbg	739	1146	218	231	611	800	1008
Weißenfels	an	612		750	1158	230	n. Nbg.	623	812	1120

Weißenfels—Zeitz.

				W			W	W		W
Weißenfels	ab	440		647	922		155	550	752	934
Prittitz		458		706	940		213	608	809	953
Teuchern		508	529	717	950	146	221	618	818	1005
Deuben		518	537	726	958	152	231	627	827	1014
Luckenau		523	556	732	1003	157	236	632	832	1019
Theißen		529	602	738	1009		242	637	837	1025
Zeitz	an	537	610	748	1017		250	645	845	1034

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190603-17/fragment/page=0002

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4½ % Schatzanweisungen können vom 4. Juni ab,
für die 5 % Schuldverschreibungen vom 23. Juni d. J. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb der Stücknummer** mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald **bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Kirschenverpachtung.

Der diesjährige **Kirschenanhang der Gemeinde Gröben** soll **Donnerstag, den 5. Juni** abends 8 Uhr im Zillerschen Gasthof öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Gröben, den 2. Juni 1919.

Der Gemeindevorsteher.

Kirschenverpachtung.

Der diesjährige **Süßkirschenanhang** der Gemeinde **Obernessa** soll **Mittwoch, den 4. Juni** nachmittag 6 Uhr im Zinnschen Gasthofe öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Obernessa, den 29. Mai 1919.

Der Gemeindevorsteher.

Die vereinigten Fuhrwerksbesitzer und Kohlenhändler

haben wegen der immer höher steigenden Futter-, Provisionspreise und sonstigen hohen Unkosten beschlossen, eine Preissteigerung wie folgt eintreten zu lassen:

Tagelohn für ein Paar schwere Pferde pro Tag 80,— Mk.
Stunde 9.— Mk.
Tagelohn für ein schweres Pferd pro Tag 50.— Mk.
Stunde 6.— Mk.

Abfuhr:

pro Ctr. Briketts von Grube v. Voß	0.60	Mk.
„ „ „ „ Grube Naumburg	0.80	„
„ „ „ „ Grube Jakob	1.—	„
„ „ „ „ Grube Paul	1.—	„
pro 1000 Stck. Preßsteine von Alt-Gröben	14.—	Mk.
„ „ „ „ „ Grb. Naumburg	16.—	„
1 große Fuhre Asche abzufahren	12.—	„
1 kl. Fuhre Asche abzufahren	10.—	„

Alle übrigen Fuhren werden nach Stunden berechnet.

Vereinigte Fuhrwerksbesitzer u. Kohlenhändler.

Offenes Telegramm an Pferdeinteressenten

Jeder, wer Pferde braucht, wird ersucht, sofort nach **Charlottenburg Stall Nr. 10 im Bahnhof Zoologischen Garten zur Pferdeverkaufsstelle** zu kommen, da Pferde **später erheblich teurer werden.** Es sind alle Rassen vorrätig. Expedition und Verladen wird von hier besorgt. **Heutige Preise pro Pferd:** Kleinere ca. 2500, mittlere ca. 3000—4500, schwerere 5000 M. Kriegsanleihe wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

Sonntag, den 1. Juni 1919
erhalten wir eine Auswahl

belgischer Pferde

schweren und leichten Schlages

H. Reifert & Sohn, Freyburg a. U.

Prima ledernes Straßenschuhwerk

für Erstlinge, Kinder, Mädchen, Jungen, Männer, Frauen sowie Herrenstiefel, — moderne Damenhalbschuhe

hat gegen Bezugschein **laufend** abzugeben.

Karl Koch Weissenfels,
Blücherstr. 2, (am Magazin.) — Telefon 645.

Ofenlack, Ofenwichse, Ofenschwärze

wieder eingetroffen bei
Hermann Pohle.

Suche für 1. Juli eine

Schweizerfamilie

bei **kleinem Viehstand,** wo die Frau landwirtschaftliche Arbeiten mit verrichten muß. Gehalt und Deputat nach Uebereinkunft.

Julius Kunze,
Seidewitz b. Schkölen.

Ehrliche

Dienstmagd

zum 15. Juni oder 1. Juli gesucht.
Geißler, Kistritz.

Einige

Frauen

zu Hackarbeiten werden sofort eingestellt.

Friedrich, am Bahnhof.

1a. Sultaninen

¼ Pfund 3.— Mk.

1a. Mischobst

Pflaumen u. Aepfel
¼ Pfund 1.75 Mk.

Zitronen

empfiehlt
Thams & Garfs
Markt 18.

Ia Sauerkraut

wird morgen Dienstag vormittag per Pfund 20 Pfg. abgegeben.

Schützenstraße 14.

Gebrauchtes

Klavier

zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis erbeten unter „Klavier" an die Expedition des Blattes.

Schützensalon.

W. Billes Theater.

Mittwoch, den 4. Juni
wird aufgeführt
Auf vielseitiges Verlangen.

Der Landsknechttrompeter od. das Geisterschloss zu Dresden.

Lustspiel in 5 Akten.

Es ladet frdl. ein **W. Bille.**

Kaufhaus Albin Schieke

Markt 2. **Markt 2.**

Eingetroffen ein Posten

gutes Hemdentuch, Hemden- u. Blusen-Barchent

Anzüge, Anzug-Stoffe

Kostüme, Röcke, Blusen und seidene Mäntel

Plüschsofas — Schlafsofas — Vertikows
Schränke — Stühle — Kücheneinrichtungen
Leiterwagen — Sportwagen.

Alteisen,

Lumpen, Papier, Knochen, Metalle

kauft zu Höchstpreisen

Hermann Zausch
Zeitz, Donalisstraße 52.
Alteisen-, Metall-, Maschinenhandlg.

Händler Vorzugspreise Angebote erwünscht

Alle Größen

Einmachegläser

mit Gummi und Bügel, sowie

Einmache-Hafen

zum Zubinden empfiehlt billigst

Geschäftshaus Emil Schieke, zur Goldenen Ecke.

Gasthof Obernessa.

Zu unserm am **2. u. 3. Pfingstfeiertag** von 3 Uhr nachmittag an stattfindenden

Pfingst-Bier

laden ergebenst ein **die Pfingstburschen.**

Lichtspiele „Weiße Wand"

Dienstag, den 3. und Mittwoch, den 4. Juni
Harry Higgs.

Der goldene Pol

Detektiv-Schlager in 5 Akten.

Während der Sommer-Monate beginnen die Vorstellungen
— — — — um 7 Uhr. — — — —

Um recht zahlreichen Besuch bittet ∴ ∴ ∴
∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ ∴ **W. HÜHN.**

Teuchern.

Eine

Wohnung

wird von ruhigen Leuten sofort gesucht. Oberstr. 1.

Freundlich möbliertes

Zimmer

von jungem Mädchen per 15. Juni zu mieten gesucht.
Angebote unter M. K. 18 an die Geschäftsst. des Blattes.

---

100 Mark Belohnung

für Ermittlung des Diebes, der aus unserem Motorenraume einen Ledertreibriemen gestohlen hat.

Erfurth & Sohn
Dampfziegelei Oberwerschen.

Heidekraut

zu Streuzwecken offeriert in Waggonladungen
Albert Merkel, Droyßig.

Tanzstunde

E. Beck und Frau.
Nächster Unterricht Dienstag, den 3. Juni 8 Uhr.

Junge Kaninchen,
sowie alle Sorten
Pflanzen
gibt ab Grüner Weg 6.

Ia. Kaffee-Ersatz-Mischung

verschiedene Qualitäten 1 Pfund 1.16 Mk. usw.

Pr. Ia. Kaffee-Ersatz-Mischung

mit garant 10% Bohnenkaffee ¼ Pfd. 1,40 Mk. empfiehlt

Thams u. Garfs
Markt 18.

Religionsbücher,
Rechenbücher
(Heft 4—8),
Mittelstufen,
Oberstufen,
Zeichenblocks
Raumlehrebücher,
zu haben bei
Otto Lieferenz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190603-17/fragment/page=0003

Am **3. Juni 1919** kommt bei der Handelsfrau Anna Haferkorn auf die Verkaufsnummern 221—260 für jede Person ½ **Pfund Quark** zum Preise von 55 Pfg. zum Verkauf.

Teuchern, den 2. Juni 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Deutschnationale Volkspartei

(Ortsgruppe Teuchern.)

Donnerstag, den 5. Juni abends **8** Uhr im Ratskeller hinteres Zimmer

Versammlung

Herr Parteisekretär Becker-Zeitz wird über Organisation der Partei sprechen. Alle Mitglieder und Freunde der Partei werden herzlichst und dringend gebeten, die Versammlung zu besuchen. **Der Vorstand.**

Todesanzeige.

Nach langen, schweren mit grosser Geduld ertragenen Leiden verschied heute früh mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel,

der Maurerpolier

Emil Machold

im Alter von 47 Jahren.

Teuchern, den 1. Juni 1919.

In tiefer Trauer

Lina Machold, geb. Zimmermann nebst Kindern und allen Verwandten.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm 4 Uhr statt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres einzigen geliebten Sohnes

Curt

sagen wir allen denen, die uns in diesen schweren Stunden beigestanden haben, herzlichen Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Die trauernde Familie
A. Grübe und Frau.

Krössuln, den 1. Juni 1919.

Dank.

Nachdem wir unsern heissgeliebten, herzensguten Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, den Arbeiter

Wilhelm Bornemann

zur letzten Ruhe gebettet haben, sagen wir allen denen, die ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Direktion der Schlickum-Werke, ferner den Belegschaften der Wachsfabriken Gröben-Werschen und der Belegschaft Grube Gute Hoffnung für Palmenzweige, Dank der Jugend zu Runthal für Ruhekissen und Blumenschmuck. Dank auch allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten.

Dies alles hat unsern wunden Herzen wohlgetan. Dir aber, lieber Wilhelm, rufen wir „Ruhe sanft" in dein viel zu frühes Grab nach.

Runthal, den 1. Juni 1919.

In tiefer Trauer

Wilhelm Bornemann

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Nachruf.

Infolge eines Unglücksfalles wurde uns unser lieber Jugendfreund

Kurt Grübe

plötzlich in seinem 18. Lebensjahre entrissen.

Wir verlieren in den Verstorbenen einen treuen Freund und beklagen aufs tiefste den Verlust desselben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Gewidmet von der Jugend zu Krössuln.

Nachruf.

Am 1. Juni wurde nach langem, schweren Leiden durch einen sanften Tod unser treuer Kamerad

Herr Emil Machold

aus unserer Mitte gerissen. Wir verlieren in ihm einen treuen strebsamen Kameraden und werden ihm ein stetes Andenken bewahren.

Frw.-San.-Kolonne vom Roten Kreuz, Teuchern.

Der

Kirschenanhang

der **Gemeinde Lagnitz** soll am **Donnerstag 5. Juni,** abends 7 Uhr an Ort und Stelle, meistbietend gegen Barzahlung, verkauft werden.

Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorstand.

Schützenverein

Mittwoch, den 4. Juni abends 8 Uhr

Versammlung

und Steuertag im Schützenhause.

Da wichtige Beratungsgegenstände vorliegen wird um zahlr. Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

C. **Donnerstag, d. 5. Juni abends 8 Uhr** in **Bertholds Restaurant**

Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Das Erscheinen aller Mitglieder, ist erforderlich.

Der Vorstand.

„Fidelio"

Mittwoch, den 4. d. Mts.

Monatsversammlung

Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder bittet

Der Vorstand

Ein Kleinknecht

wird gesucht.

Frau **Meisch,** Bonau.

Achtung!

In der Donnerstags Nacht ist in Runthal aus dem Gehöft Nr. 25, **eine Gans** und **eine Ziege** einem armen Mann gehörig, in dem Stalle **abgeschlachtet und gestohlen worden.**

Wer mir den frechen Dieb namhaft machen kann, daß ich ihn gerichtlich belangen kann, erhält gute Belohnung.

Warne vor

Diebstahl und Betreten

der Runthalschen Grundstücke am Wege Teuchern-Gröben.

Paul Makiol.

Dank.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sprechen wir allen unsern herzlichen Dank aus.

Teuchern d. 31. Mai 1919.

Oskar Lohse
nebst Kindern und Verwandten.

Nachruf

für unsern im 20. Lebensjahre verschiedenen Jugendfreund

Wilhelm Bornemann,

Was ist der Glocken trauriges, ernstes Klagen,
Das Wehmut zitternd durch die Lüfte weht?
Wer ist es, den zur letzten Ruh sie tragen,
Wer ist es, der aus unserm Kreise geht?

Ein teurer Freund ist ein zur Ruh gegangen,
Zu unser aller Leid, vom Erdental.
Der Tod schont nicht der Jugend frische rote Wangen,
Sein Opfer kürt er sich aus unserer Zahl.

Wer dich edle, gute Seele kannte,
Fühlt tief den schmerzlichen Verlust.
Deine Jugendfreunde und Bekannte
Klagen laut um dich an deiner Gruft.

Aber fern von diesen Erdenleiden,
In des Paradieses Rosenlicht,
Schwebt dein Geist zu höheren Himmelsfreuden
Vor des Erlösers Angesicht.

So ruhe nun sanft in kühlem Erdenschosse,
Gross ist der Freunde und der Eltern Schmerz,
Da sie getroffen sind von bitterem, harten Lose,
Da von ihnen schied das einzige Kinderherz.

So schlafe wohl in stiller Ruh und Frieden,
Kurz war dein Wandel und dein Lauf,
Kurz war dein Glück auf Erden dir beschieden,
Der liebe Gott, er nahm dich zu sich auf.

Gewidmet von der Jugend zu Runthal.

Nachruf

für unsere liebe Jugendfreundin

Ella Frehde.

Wie schnell ein Leben kann vergehen,
Ob's gleich in voller Blüte steht,
Das haben wir an Dir gesehen:
Ein Mensch wie Blum' und Gras vergeht.

Du teure Freundin musstest scheiden
Zu früh aus unserm Jugendkreis,
Ein langes und ein schweres Leiden
Zerknickte Dich gleich einem Reis.

Ihr Eltern, klagend um die Teure,
Doch ohne Trost sollt Ihr nicht sein,
Sie war, sie ist und bleibt die Eure,
Zum bess'ren Leben ging sie ein.

So manches Leid auf dieser Erden,
Auch Weh und Ach, das kannt' sie nicht,
Nur eine Himmelsblum zu werden,
Rief Gott sie ab zum ew'gen Licht.

D'rum alle, die Ihr weint und klaget,
In Hoffnung sehet himmelan;
Wer Gott vertraut, der nicht verzaget,
Was Gott tut, das ist wohlgetan.

Gewidmet von ihren Jugendfreundinnen und Freunden zu Teuchern.

Teuchern, den 2. Juni 1919.

Nachruf.

Infolge Unglücksfalles an seiner Arbeitsstätte verloren wir am 28. d. Mts unseren unvergesslichen Arbeitskollegen

Herrn Curt Grübe.

Sein urplötzliches Dahinscheiden bedeutet für uns einen kaum ersetzbaren Verlust, war er uns doch in jeder Beziehung ein vorbildlicher Mitarbeiter.

Wir werden ihm für immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Teuchern, 31. Mai 1919.

Das Gesamtpersonal

der Firma Kindt & Co.

Dampfziegelei am Bahnhof.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190603-17/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 65. | Dienstag, den 3. Juni 1919 | 58. Jahrgang.

Die Aufnahme der deutschen Gegenvorschläge.

Zwiespalt im Viererrat.

„Chicago Tribune" schreibt, daß nach dem Empfang der deutschen Note die Friedenskonferenz sich in zwei Lager gespalten hat. Die einen glauben, daß man den Friedensvertrag, selbst wenn er zu hart ist, nicht mehr ändern und mildern dürfe, da sonst das ganze Dokument wieder zerrissen würde. Die andern glauben, daß gewisse Einwände der Deutschen begründet sind und berücksichtigt werden müßten.

Dasselbe Blatt berichtet ferner, die amerikanische Friedenskommission sei der Ansicht, daß die deutschen Gegenvorschläge drei grundsätzliche Fragen aufwerfen: 1. Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, 2. Revidierung der Leistungen Deutschlands für Wiedergutmachungen, 3. Volksabstimmung im Osten. Die amerikanische Kommission sei für die Gewährung der beiden letzten Forderungen. Dagegen glaube sie, daß Frankreich keinesfalls darein willigen werde, daß Deutschland sofort Mitglied des Völkerbundes würde. England, Japan, Italien und viele kleine Nationen, sogar Belgien widersetzten sich dem sofortigen Eintritt Deutschlands nicht. Tatsächlich glaubten gewisse alliierte Nationen, daß viel für eine sofortige Zulassung Deutschlands spreche. Die Vereinigten Staaten widersetzten sich den deutschen Vorschlägen betreffend die Finanzierung der Entschädigung nicht, da die amerikanischen Finanzfachverständigen der Ansicht seien, daß die von Deutschland vorgeschlagene Summe von 100 Milliarden Goldmark das Höchstmaß dessen ist, was Deutschland bezahlen kann.

Verurteilende deutsche Stimmen.

Der rechtsstehende „Berl. Lok.-Anz." bringt jetzt sein Urteil über unsere Gegenvorschläge, und zwar aus der Feder seines nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters Dr. Mühling. Dieses Urteil ist sehr pessimistisch. Es wird darin als der größte Fehler bezeichnet, daß man die teuflische Erfindung der Schadenersatzkommission aus dem Vertragsentwurf, wenn auch mit Einschränkungen, in unsere Gegenvorschläge aufgenommen hat, was sich nur aus der Ueberzeugung erklärt, daß ihre vollständige Beseitigung unter keinen Umständen zu erreichen war. „Wir glauben, daß wir nicht nötig haben, unseren Lesern klarzumachen, daß dieser Frieden Deutschland schwerlich die Möglichkeit bietet, früher als in der dritten Generation wieder zu einem selbständigen Wirtschaftsleben zu gelangen, daß er mindestens drei Viertel Millionen Deutsche ganz schutzlos brutalen Ausbeutungsabsichten preisgibt und daß uns nach seiner Annahme das Glück überhaupt nur wieder blühen kann, wenn die Hoffnung, daß mit dem Völkerbunde die Gerechtigkeit auf Erden zur allmächtigen Herrschaft gelangt, nicht zuschanden wird."

Unsere Gefangenen.

Die zweite deutsche Kriegsgefangenen-Note.

In der am Donnerstag nachmittag Clemenceau überreichten neuen deutschen Note über die Kriegsgefangenen, wird die Weigerung der alliierten und assoziierten Mächte, durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, auf das tiefste bedauert. Es sind unzählige Fälle nachzuweisen, in denen deutsche Kriegsgefangene, die sich in der Hand der alliierten und assoziierten Mächte befinden, seit Abschluß des Waffenstillstandes ohne jede Verbindung mit der Heimat sind. Die gleichfalls abgelehnte Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich Verbrechen oder Vergehen haben zuschulden kommen lassen, wird als eine Forderung der Gegenseitigkeit aufrechterhalten. Und wenn in der feindlichen Antwortnote erklärt wird, daß kein Vergleich gezogen werden könne in der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die alliierten und assoziierten Mächte andererseits, so muß die deutsche Friedensdelegation diese einseitige Behauptung, die eine Grundlage für die objektive Feststellung der Wahrheit nicht bilden kann, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

„Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu scheuen. Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegführenden Mächte der Prüfung einer aus neutralen und unbeteiligten Mitgliedern bestehenden Kommission zu übertragen. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material auch die zahlreichen Beweise unmenschlicher Behandlung vorlegen könnte, die deutsche Kriegsgefangene in Feindesland, namentlich in einzelnen Teilen Nordafrikas, in gewissen Lagern, Strafgefängnissen und Lazaretten in Europa sowie in der Armeezone erdulden mußten und zum Teil noch erdulden müssen."

In diesem Zusammenhang lenkt die deutsche Friedensdelegation die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte auf ein an das internationale Rote Kreuz gerichtete Schreiben vom 15. Februar 1919 hin. In diesem Schreiben erheben französische Arbeiterinnen als Frauen und Mütter eingezogener Franzosen ihre Stimmen gegen den Anblick grausamer Behandlung deutscher Gefangener im Departement Seine-Inferieure. Dieses Schreiben lautet:

St. Etienne du Rouvray, 15. Februar 1919.

Wir möchten Ihnen mitteilen, was sich in unserer Stadt St. Etienne abspielt:

Die deutschen Gefangenen, die auf der Eisenbahn beschäftigt sind, werden wie Sträflinge behandelt. Sie werden wie die Hunde geschlagen und schlecht ernährt. Das bricht uns Frauen und Müttern der Eingezogenen das Herz. Denn wir sehen, daß diese Männer vor Hunger sterben. Trotzdem es uns selbst an Brot fehlt, können wir nicht anders, als ihnen von Zeit zu Zeit, wenn der Zufall es gestattet, Brot zuwerfen. Sie stürzen sich darauf wie ausgehungerte Tiere. Die französischen Wächter behandeln sie roh, nur wegen eines Bissens Brot. Wir hoffen, mein Herr, daß Sie in dieser Angelegenheit einschreiten werden, um ihr Los zu verbessern. Wir haben deswegen schon an mehrere Stellen geschrieben, leider aber ohne jeden Erfolg.

An die Deutschen im Osten!

Die Reichsregierung erläßt an die Deutschen im Osten einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die deutschen Gegenvorschläge treten mit allem Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute den Gedanken einer Vorwand für Einmarsch und gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihren Bundesgenossen.

Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin! Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein! Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschtum so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist."

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 31. Mai.

Im letzten Teil der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurden in Verbindung mit der förmlichen Anfrage der Sozialdemokraten, ob die dringlich notwendige Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen soll, förmliche Anfragen des Zentrums und der Sozialdemokraten betr. die Lage der Bergarbeiter im besetzten Saargebiet verhandelt. Nachdem die Abg. Rauschenberg (Soz.), Keßmann (Zentrum) und Zörgiebel (Soz.) dazu gesprochen hatten, bemerkte Handelsminister Fischbeck: Die preußische Regierung stimmt der Festsetzung des Verfassungsentwurfs für das Reich zu, wonach die Gesetzgebung über das Bergwesen auf das Reich übergehen soll. Ueber die Ausgestaltung des Knappschaftswesens finden Besprechungen im Reichsarbeitsamt statt. Im Saarrevier haben die Besatzungsbehörden den Bergwerken bergfremde französische Offiziere beigegeben, die den Achtstundentag nicht zugelassen haben, weil die Bergarbeiter in Frankreich 9 Stunden arbeiten müssen. Anläßlich des Streiks sind Kranke und sogar arbeitswillige Arbeiter gegen alles Völkerrecht verhaftet worden. 21 wurden schwer bestraft, 200 unter entwürdigenden Umständen über die Grenze gebracht. Es bleibt nichts anderes übrig als nach Möglichkeit den einzelnen zu helfen. Dafür wird eine besondere Stelle eingerichtet werden. Wir werden alles tun, um den Bedrängten an der Saar zu beweisen, daß Deutschland sie nicht vergessen hat. (Beifall.)

Hierauf wurde die Besprechung vertagt.

•

In heutiger Sitzung gelangte zunächst der Antrag der Abgg. Graef und Genossen (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Wahl der Gemeindevertretungen in Hannover zur Ueberweisung an die Gemeindekommission. Die mit gewisser Spannung erwartete Erörterung über die förmliche Anfrage der Abgg. Dr. v. Krause und Dr. v. Richter (D. Vp.) über die deutschen Gegenvorschläge kam nicht zum Austrag. Es meldete sich niemand zur Begründung der Anfrage, und Unterstaatssekretär Göhre erklärte, die Staatsregierung sei bereit, den völligen Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge der preußischen Landesversammlung spätestens Mittwoch vorzulegen und bei der Besprechung dem Hause nähere Auskunft für die den preußischen Staat betreffenden Vorschläge zu geben, soweit es die politischen Verhältnisse gestatten.

Es folgte die Beratung der sozialdemokratischen Anfrage über die Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die Neuordnung des Knappschaftswesens. Abg. Schwarz (Soz.) hielt eine breit angelegte Begründungsrede.

Er erklärte zuletzt, daß seine Partei zur Mitarbeit an dem vom Minister angekündigten Vorschlägen bereit sei. Es werde alles darauf ankommen, daß die neuen gesetzlichen Bestimmungen nicht auf dem Papier stehen bleiben, wie so vieles in der bisherigen Gesetzgebung.

Abg. Onnert (Dem.) polemisierte gegen den Vorredner, weil er die Zeit ungebührlich in Anspruch genommen habe. Auch der Arbeiter müsse einmal daran denken, seine Sonderwünsche zugunsten der Notwendigkeiten für die Gesamtheit zurückzustellen. Redner wies auf die politische Lage hin und hob hervor, daß wir leider Gottes im Saarrevier bald nur noch wenig zu sagen haben werden.

Ungeheure Zuschüsse im Eisenbahnetat.

Zum Schluß der Sitzung kam es noch zu einer Aussprache über die Eisenbahnverhältnisse. Eisenbahnminister Dr. Oeser machte erschreckende Mitteilungen. Danach erfordern die Eisenbahnen, die früher das finanzielle Rückgrat des preußischen Staates waren, ungeheure Zuschüsse, sodaß der laufende Etat

700 Millionen Mark Zuschüsse

vorsieht. Geht es so weiter, dann muß man mit **3 Milliarden Fehlbetrag** oder in 2 Jahren mit fünf Milliarden rechnen. Das ist geradezu ungeheuerlich, und man kann verstehen, daß das Haus in lebhafte Bewegung geriet.

° **Mandatsniederlegung der Abgg. Kastert und Kuchhoff.** Laut „Köln. Volksztg." haben die mit der Loslösungsaktion im Rheinland in Beziehung stehenden Abgeordneten Kastert und Kuchoff ihre Mandate zur preußischen Landesversammlung niedergelegt; sie tun es in der Erwägung, daß über allen persönlichen Fragen die Einheit und Geschlossenheit der Zentrumspartei stehen muß.

° **Rheinische Proteste.** Daß die hochverräterischen Umtriebe, die auf Lostrennung des Rheinlandes hinzielen, in den weitesten Bevölkerungskreisen keinen Widerhall finden, geht am besten hervor aus den Telegrammen, die an den Reichspräsidenten gelangt sind. Gerade in den letzten Tagen sind zahlreiche Kundgebungen, besonders aus Essen, Elberfeld-Barmen sowie aus vielen Ortschaften des Niederrheins in Berlin eingetroffen. Neben dem Protest gegen den Gewaltfrieden enthalten diese Kundgebungen ein Treugelöbnis zum Deutschen Reiche, das besser als alles andere die rheinischen Sonderbestrebungen verurteilt.

° **Das neue bayerische Kabinett.** Das Koalitionsministerium in Bayern ist nunmehr gebildet. Ministerpräsident, Aeußeres und Unterricht: Hoffmann (wie bisher); Inneres: Endres (bisher Justiz); soziale Fürsorge: Segitz (bisher Inneres); Militärminister Schneppenhorst; alles Mehrheitssozialisten. Verkehrsminister: v. Fraundorffer: Finanzminister: Speck (Zentrum); Justiz: Dr. Müller-Meiningen (Demokrat); Handel: Regierungsrat Hamm.

° **Selbstmord eines Führers der Unabhängigen.** Paul Dittmann, einer der Führer der Hamburger Unabhängigen, der schwer an Tuberkulose erkrankt und seit Wochen im Krankenhause war, hat sich wegen der Unheilbarkeit seines Leidens das Leben genommen.

Kleine politische Nachrichten.

° Berlin. Reichswehrminister Noske gibt bekannt, daß er öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel in Groß-Berlin nicht mehr zulassen werde und den Polizeipräsidenten von Berlin beauftragt habe, bei Genehmigung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190603-17/fragment/page=0005